

Ex-Vincenz-Chef spricht über seine Ablösung

Als früherer Geschäftsführer der St.-Vincenz-Kliniken ist Josef Düllings zu Gast im „Linken Forum Paderborn“. Dort kritisiert er die geplante Krankenhausreform – und ein „Hoppla-Hopp-Verfahren“ bei seinem ehemaligen Arbeitgeber.

Rajkumar Mukherjee

■ **Paderborn.** Auf die Antwort zur Frage einer Teilnehmerin des „Linken Forums Paderborn“ in der Kulturwerkstatt mussten die etwa 50 Besucher am Dienstagabend etwas warten. Von Josef Düllings (64), bisher als Geschäftsführer der insolventen St.-Vincenz-Kliniken tätig, wollte sie die Gründe für seine Abberufung erfahren. Zusammen mit dem weiteren Referenten Carl Waßmuth aus Berlin, Sprecher des Vereins „Gemeingut in BürgerInnenhand“, hatte Düllings zuvor über die vom Bundesgesundheitsministerium geplante Krankenhausreform unter dem provokanten Titel „Abbruchunternehmen Krankenhaus?“ gesprochen.

Die Nachricht Ende Juli, dass die St.-Vincenz-Kliniken eine Insolvenz in Eigenverwaltung anstreben, hatte nicht nur in der Region Ostwestfalen-Lippe für Aufsehen gesorgt. Mehr als 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind davon betroffen. Alleiniger Gesellschafter der St.-Vincenz-Krankenhaus GmbH ist die Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern vom Heiligen Vincenz von Paul. Bereits im Juni hatten die Kliniken bekannt gegeben, sich mit dem langjährigen Geschäftsführer Josef Düllings – in „beiderseitigem Einvernehmen“ – auf eine Trennung verständigt zu haben.

Die Antwort Düllings auf die Frage der Teilnehmerin klang indes differenzierter. „Wenn



Auf Einladung des „Linken Forums Paderborn“ sprechen (v.l.) Carl Waßmuth vom Verein „Gemeingut in BürgerInnenhand“ und Josef Düllings, langjähriger Geschäftsführer der St.-Vincenz-Kliniken, über die aktuell geplante Krankenhausreform. Moderatorin ist Melanie Stütz von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Duisburg.

Foto: Rajkumar Mukherjee

man da nicht einer Meinung ist, dann ist das schwierig zu sagen, ich rudere da noch mal mit“, sagte er. Und: „Ich hätte mir das auch ein bisschen anders vorgestellt. Vor allem mit diesem Hoppla-Hopp-Verfahren.“ Zudem verwies Düllings auf die „Einsetzung eines neuen Aufsichtsrates an den St.-Vincenz-Kliniken seit Januar“. Und nur, „wenn man die gleiche Vorstellung über die Zukunftsausrichtung“ habe, könne eine solche Zusammenarbeit weiter gelingen.

Seit 2003 war der promovierte Soziologe Geschäftsfüh-

rer der St.-Vincenz-Kliniken mit dem Krankenhaus und der Frauen- und Kinderklinik St. Louise in Paderborn sowie dem St.-Josefs-Krankenhaus in Salzkotten. Formal läuft sein Vertrag noch bis Ende 2023, sagte Düllings auf Nachfrage. Zudem ist er seit 2011 Präsident des Verbandes der Krankenhausdirektoren (VKD) und seit 2022 Vizepräsident der European Association of Hospital Managers.

Und als VKD-Präsident beobachtete Düllings bundesweit „dieses Stühlerücken“ in Bezug auf Geschäftsführerposi-

tionen. Neuer Sprecher der Geschäftsführung der St.-Vincenz-Kliniken in Paderborn und Salzkotten ist wie berich-

tet seit dem 1. September Markus Funk. Auch Funk habe, so die Kliniken kürzlich in einer Mitteilung, seine vorherige Ge-

schäftsführerposition an den Inland-Kliniken Rendsburg-Eckernförde (Schleswig-Holstein) aufgrund verschiedener Ausrichtungen nach einer Sanierung verlassen. Am Dienstag sprach Düllings allgemein auch von einem „Schleudersitz“ auf der Geschäftsführerposition.

Düllings sieht St.-Vincenz-Kliniken gut aufgestellt

Insgesamt seien die St.-Vincenz-Kliniken aus seiner Sicht gut aufgestellt: So weise der Bilanzabschluss 2022 keine Überschuldung aus. Die Kliniken würden „nicht mit dem Rücken zur Wand stehen“. Dennoch: „Das Problem war der Kontostand“, sagte Düllings auf Nachfrage. So müssten Kliniken oft finanziell in Vorleistung gehen, so beim Thema Pflegebudget. Vielmehr habe er mit dem Blick auf die gesamte Branche „große Sorge“ vor dem „Hammerschlag nächstes Jahr“. Wenn dann auch Kosten im Bereich Energie zusätzlich zum Tragen kom-

men. „Und bei einem Insolvenzverfahren hat man nur einen Schuss“, so Düllings.

Unterdessen sieht er vor allem die von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) geplante Krankenhausreform kritisch. Alleine durch die darin verfolgten Ziele „Entökonomisierung“, „Sicherung und Steigerung der Behandlungsqualität“ und „Entbürokratisierung“ seien keine entscheidenden Fortschritte in der Kliniklandschaft zu erwarten, stattdessen bleibe aber eine „strukturelle Unterfinanzierung“ der Branche, befürchtet er.

Zudem warnte Carl Waßmuth vom Verein „Gemeingut in BürgerInnenhand“ vor weiteren Schließungen von Krankenhäusern in öffentlicher Hand. Von 1.900 Krankenhäusern, darunter 1.200 in der Allgemeinversorgung, sprach er. Diese Zahlen könnten aber sinken. So befürchte Waßmuth, dass nach weiteren Insolvenzen nur etwa 500 Krankenhäuser für die Allgemeinversorgung verbleiben und es Versorgungsengepässe gibt.